

Beschluss des Bundesvorstandes zur Untersetzung der im Länderratsbeschluss vom April 2025 gefassten Entscheidungen zur Unterstützung der Entwicklung in Ostdeutschland

Beschlossen im Bundesvorstand am 14.4.2025



Aufbauend auf dem Beschluss des Länderrates im April 2025 beschließt der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Operationalisierungen:

1. Im Herbst 2025 veranstaltet der Bundesverband im Osten ein Event in der Mischung aus Kongress und Festival für die Gesamtpartei mit dem Schwerpunkt Osten (Arbeitstitel „Event“). Ziel des Event ist es aufbauend auf den Erfahrungen der letzten beiden Ostkongresse u.a. die Ermutigung und Vernetzung grüner und grün-naher Akteur*innen in und für Ostdeutschland zu ermöglichen. Jenseits von Ostalgie oder Folklore wollen wir an einer wertschätzenden und realistischen Ost-Perspektive arbeiten und diskutieren. Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Das Veranstaltungsteam wird in Abstimmung mit Büro Heiko Knopf dem Bundesvorstand bis Ende Mai einen Vorschlag für den Ablauf und das Budget zur Entscheidung vorlegen. Der Ostkongress soll im Nachgang ausgewertet und wenn erfolgreich verstetigt werden.
2. Der Bundesvorstand wird in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion, der Europafraktion und den Landesvorständen der ostdeutschen Verbände ab diesem Frühsommer die Präsenz vor Ort in ostdeutschen Kreisverbänden zum Schwerpunkt machen und verbindliche Zeitressourcen für eine sichtbare Präsenz ab dem Frühsommer sicherstellen. Die Koordination erfolgt durch den Bereich Campaigning & Mobilisierung. Den Kreisverbänden werden dafür durch den Bereich Campaigning & Mobilisierung Veranstaltungspakete zur Verfügung gestellt, die sie so weit wie möglich von organisatorischer Vorbereitung entlasten und die Schwelle für Präsenztermine vor Ort absenken.
3. Die Pressestelle und die Abteilung Digitale Kommunikation sollen in Abstimmung mit Büro Heiko Knopf gemeinsam mit den Ost-Landesverbänden ein Konzept erstellen und umsetzen, um die Präsenz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in ostdeutschen sowie sozialen Medien und die Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit der Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Dafür sollen durch die Pressestelle und die Abteilung Digitale Kommunikation messbare Ziele festgelegt werden. Wir bauen unsere Fähigkeiten und Instrumente aus, um eine vielfältige Öffentlichkeit jenseits einschlägiger grüner Blasen zu erreichen. Dem Einfluss antidemokratischer Kräfte werden wir eine konstruktive Politik mit verständlichen, alltagsnahen und wirksamen Alternativen entgegensetzen. Mit den Ost-Landesvorsitzenden soll sich vierteljährlich über die Themenplanung und Themenabstimmung und die Kooperation, etwa gemeinsame Hintergrundgespräche in ostdeutschen Redaktionen, die Begleitung bundespolitischer Präsenz in Ostdeutschland etc. ausgetauscht werden. Die Verantwortung für diesen Austausch und die Einspeisung in die Bundesgeschäftsstelle übernehmen zwei Bundesvorstandsmitglieder. Die Bundesvorsitzenden sollen arbeitsteilig mindestens über ihre Büros an diesen Sitzungen teilnehmen. Dem Bundesvorstand wird regelmäßig Bericht über die Themenplanung und Umsetzung erstattet. Dafür ist ein fester Tagesordnungspunkt vorzusehen. Mit den Beteiligten im Bund und den ostdeutschen Landesvorständen soll im vierten Quartal 2025 eine Zwischenauswertung dieser Schwerpunktstrategie stattfinden. Diese wird durch geeignete Datenerhebungen und Medienauswertungen durch die Bundesgeschäftsstelle unterstützt.
4. 2025 werden wir die Fundraising-Abteilung in der Bundesgeschäftsstelle zu einer effizienten Fundraising-Unterstützung für die Landesverbände weiterentwickeln, die es ermöglicht, rechtzeitig vor den Wahlen 2026 planbare und effiziente

- Unterstützungsangebote bereit zu stellen, die auch danach weiter genutzt werden können. Ziel ist es, die Eigenmittel der ostdeutschen Landesverbände gezielt auszubauen. Zudem sollen geeignete Instrumente wie ein freiwilliger Mitgliedsbeitrag in Form einer „Solidarmitgliedschaft“ geprüft und ggf. zeitnah etabliert werden. Dieser Prozess wird durch das Büro der Bundesschatzmeisterin koordiniert.
5. Der Bundesvorstand wird Empfehlungen und Vorschläge aus der Partei für eine nachhaltige Stärkung der Grünen im Osten in einer Oststrategie bündeln und deren politische Wirksamkeit und die nötigen Voraussetzungen untersetzen. Die Maßnahmen sollen und mit bestehenden Prozessen (Strukturprozess und Neuordnung der parteiinternen Finanzierungsstrukturen) zusammengeführt werden. Die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen bewerten wir, um Erfolgreiches zu verstetigen und weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.
 6. Die Vielfaltspolitische Sprecherin entwickelt in Absprache mit Heiko Knopf Maßnahmen zur besseren Repräsentanz und Sichtbarkeit ostdeutscher Biografien. Dabei greifen wir auf die im Vielfaltsstatut verankerten Instrumente zurück – insbesondere Empowerment-Strategien und Förderprogramme zur gezielten Stärkung von Mitgliedern. Ziel ist es, ostdeutsche Mitglieder zu ermutigen und zu befähigen, als grüne Politiker*innen im Osten sichtbar und wirksam zu werden. Die Vielfaltspolitische Sprecherin wird gemeinsam mit dem Vielfaltsreferat im Rahmen ihrer Jahresplanung einen Vorschlag dafür erarbeiten.
 7. Auf Grundlage des Beschlusses des Länderrates im April 2025 wird die „Ostrunde“ der grünen Landesvorsitzenden und Abgeordneten zu einem permanenten Beratungsgremium weiterentwickelt, das regelmäßig mit dem Bundesvorstand, führenden ostdeutschen Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und externen Expert*innen zusammenarbeitet. Büro Heiko Knopf legt dem Bundesvorstand bis Mai 2025 einen Beschlussentwurf zur Zusammensetzung dieses Gremiums vor.
 8. Die Bundesgeschäftsstelle bereitet bis Ende Juni mit dem Bundesvorstand sowie den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ein Konzept vor, welche Unterstützung der Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen leisten kann. Dabei soll auch geprüft werden, wie die Präsenz vor Ort schon vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes erhöht werden kann und ob und wenn ja, wie eine strategische Begleitung der Spitzenkandidierenden und Landesvorsitzenden durch den Bundesvorstand gewünscht ist. Teil dieses Konzepts soll entsprechend ein Vorschlag sein, wie die beteiligten Gliederungen sich politisch wie auf Arbeitsebene bis zu den Wahlen 2026 abstimmen können. Der Prozess der Konzepterstellung wird durch die Büros Pegah Edalatian und Manuela Rottmann koordiniert.

Begründung

Schon nach den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2024 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen war die Lage und Stimmung der grünen Landes- und Kreisverbände an vielen Stellen in Ostdeutschland sehr schwierig. Obwohl die Ergebnisse der Bundestagswahl durchweg besser als noch bei den sechs Monate zurückliegenden Landtagswahlen 2024 sind, zeigt sich in der **Gesamtlage** ein immenser Vertrauensverlust in die demokratische Parteienlandschaft, was die Angst vieler Mitglieder nochmals verstärkt, dass die Partei in die Bedeutungslosigkeit zurückfällt und ihre Existenz im Kern bedroht ist. Der Abbau von grünen Strukturen wie beispielsweise Abgeordnetenbüros, der aus den Verlusten bei den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen folgt, zeigt schon jetzt dramatische Auswirkungen auf die Repräsentanz der Grünen in der Fläche, auf die Arbeitsfähigkeit von Kreis- und Landesverbänden wie auch der verbliebenen kleinen Kommunal- und Landtagsfraktionen. Das erhöht den Aufwand der ehrenamtlichen und wenigen hauptamtlichen Strukturen zur Organisation der Partei und zur Mobilisierung von Mitgliedern.

Der Zuwachs an **Neumitgliedern** bietet die Chance dieser Tendenz entgegenzuwirken, setzt jedoch ein koordiniertes Vorgehen aller Ebenen und Gliederungen der Partei voraus. Es stellt sich organisatorisch die

Frage, ob wir die Aufgaben des Freiwilligenmanagements in der BGSt weiter zentralisieren, Strukturen vor Ort aufbauen oder idealerweise beides tun.

Ein nachhaltiges Wachstum grüner Politik trifft im Osten auf große **Widerstände**. Das begründet sich strukturell aus geringeren Mitgliederzahlen und – im Zuge der geringeren Einkommen – auch geringeren individuellen Spenden und folglich geringeren Mittel für die politische Arbeit. Ein zweiter Widerstand ist die fast flächendeckende, anti-grüne Stimmung, die auch von Parteien des demokratischen Spektrums populistisch verstärkt wird. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt finden wir im Osten eine strukturell und elektoral stärkere AfD. Gleichzeitig erschwert eine deutlich schwächere Presselandschaft oftmals eine differenzierte politische Debatte und die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort. Die stärker polarisierte politische Landschaft erzeugt in Kombination mit teils geringer Demokratieerfahrung der Gesellschaft im politischen Alltagsgeschäft einen hohen Rechtfertigungsdruck. Sie werden politisch, gesellschaftlich und oft auch medial als Außenseiter und realitätsferne Sonderlinge verunglimpft. Mitglieder fühlen sich nicht als Markenbotschafter einer positiven grünen Marke, sondern als Punchingball. Verschärfend wirkt die geringe Demokratieerfahrung vieler Menschen vor Ort. Diese politische Lage hemmt die Motivation und Bereitschaft der Mitglieder, sich öffentlich und erkennbar als Grüne zu engagieren.

Es braucht daher eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der wenigen aktiven Grünen in der Fläche durch Landes- und Bundesebene. Ziel ist ein nachhaltiger Aufbau von starken, selbstständigen Strukturen vor Ort, sowie eine Entwicklung von Ost-Persönlichkeiten, um politisch zukünftig stärker auf eigenen Beinen zu stehen.

Ein solcher Aufbau ist jedoch nicht von jetzt auf gleich zu erreichen. Der kurzfristige Bedarf an Unterstützung übersteigt in Umfang, Dauer und Detailgrad die zur Verfügung stehenden und auch die überhaupt aktivierbaren Möglichkeiten von Bundes- und Landesebene. Umso wichtiger wird eine klare Priorisierung auf nachhaltige und erfolgversprechende Maßnahmen sein.

Mit folgenden **Handlungen** sollen die Herausforderungen angegangen werden:

Viele aktive Grüne im Osten wünschen sich eine ebenenübergreifende und verbindende Veranstaltung. Eine solche **Vernetzungs- und Diskussionsveranstaltung** bietet die Möglichkeit für den thematischen Austausch parteiinterner und externer Akteur*innen sowohl zu aktuellen Fragen als auch zu grundsätzlichen Herausforderungen im Osten. Dazu soll ein grünes Event im Osten für die Gesamtpartei mit einem Schwerpunkt Ost stattfinden. Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Die Planung des Events soll in enger Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Landesverbänden durchgeführt werden. Bereits in der Konzeptionsphase sollen neben Erfahrungen aus vergangenen Veranstaltungen auch Ideen von Mitgliedern vor Ort einbezogen werden, um sicherzustellen, dass die Veranstaltung praxisnah ausgerichtet ist und den lokalen Bedürfnissen entspricht. Wir wollen, dass die Menschen Spaß an grüner Politik in Ostdeutschland haben und motiviert für unsere Anliegen streiten.

Inhalte können dabei neben regionalen Fragen wie der Modernisierung von Wirtschaft und Region, dem Kohleausstieg inkl. der Bergbaufolgen, der Auflösung der bestehenden Ungerechtigkeiten bei Vermögen und Einkommen und der Anpassung auf die demographische Situation auch aktuelle gesellschaftliche Debatten wie die Lehren aus der Coronapolitik, Antworten auf die sicherheitspolitische Situation in Europa und der Welt und der Umgang mit den sich vertiefenden Gräben in unserer Gesellschaft und den Angriffen auf unsere Demokratie Berücksichtigung in den Workshops finden.

Das Event soll einen Ort bieten, um die aktuelle Stimmung aufzufangen und positive **Grundlagen für die anstehenden Wahlen 2026** zu setzen. Das Event sollte daher dringend noch 2025 (Vorschlag Herbst) stattfinden, um Mitgliedern wie den Gliederungen deutlich zu machen, dass es der Partei ernst ist mit der Unterstützung der Partei im Osten und bei den anstehenden Landtagswahlen. Daher soll zeitnah mit der Planung und Organisation der Veranstaltung begonnen werden.

Über das Event hinaus braucht es gemeinsame Anstrengungen zur Erhöhung der Sichtbarkeit Grüner Politik in und für Ostdeutschland.

Hier wird der Bundesvorstand erstens in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion, Europagruppe und den Landesvorständen der ostdeutschen Landesverbände ab dem Frühsommer einen **Schwerpunkt in die Präsenz im Osten** legen und den dortigen Kreisverbänden Termine für öffentliche Veranstaltungen anbieten. Über ein von der Bundesgeschäftsstelle entwickeltes Veranstaltungsformat soll der Aufwand vor Ort minimiert werden. Die Veranstaltungen sollen Themen von vor Ort aufgreifen und den Dialog mit den Teilnehmenden im Fokus haben.

Zweitens werden die Fachabteilungen der Bundesgeschäftsstelle ein Konzept entwickeln, um die Präsenz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in ostdeutschen sowie sozialen Medien und die **Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit** der Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Die Umsetzung dieses Konzepts soll in enger Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Landesverbänden geschehen.

Ausgehend von den in Ostdeutschland bestehenden, inhaltlichen Themenstellungen soll mit den Landesvorsitzenden vierteljährlich ein Austausch stattfinden über die **Themenplanung und Themenabstimmung** sowie die Kooperation, etwa zur Planung gemeinsamer Hintergrundgespräche in ostdeutschen Redaktionen oder die Begleitung bundespolitischer Präsenz in Ostdeutschland. Über die Teilnahme der fachlich zuständigen Mitarbeiter*innen wird eine Umsetzung in Bundes- und Landesgeschäftsstellen sichergestellt.

Im vierten Quartal 2025 soll eine (datengestützte) Zwischenauswertung dieser Schwerpunktstrategie erfolgen, um bei Bedarf nachsteuern zu können.

Es gibt eine große Bereitschaft zur Solidarität mit den Grünen im Osten von vielen Mitgliedern und Kreisverbänden, aber auch von externen Unterstützern. Diese Potenziale wollen wir durch neue Instrumente heben. Beispiele sind eine Etablierung unkomplizierter Direktspenden wie bei der Bundestagswahl, ein projektgebundenes **Ost-Fundraising** oder ein freiwilliger Mitgliedsbeitrag in Form einer „Solidarmitgliedschaft“, um zusätzliche Mittel für die Arbeit im Osten

einzuwerben. Die Etablierung solcher Instrumente soll zügig geprüft und bestenfalls bis zum dritten Quartal 2025 realisiert werden.

Innerhalb der parteilichen Organisationsstrukturen soll die Möglichkeit **gemeinsamer Stellen mit den Landesverbänden** für ein (Wieder-)Aufbauprogramm strukturschwacher Kreisverbände und für eine gezielte Personalentwicklung im Osten (Stelle vgl. Justizariat) geprüft werden. Federführende Zuständigkeiten für Ostbelange auf der politischen, der organisatorischen und der inhaltlichen Ebene sollen innerhalb der Bundesgeschäftsstelle noch klarer definiert werden.

Der Bundesvorstand wird darüber hinaus sicherstellen, dass die **Empfehlungen** und Vorschläge aus der Partei für eine nachhaltige **Stärkung der Grünen im Osten gebündelt**, unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen priorisiert und mit bestehenden Prozessen (Strukturprozess und Neuordnung der parteiinternen Finanzierungsstrukturen) zusammengeführt werden. Dazu zählen beispielsweise die weitere Etablierung von Kreisverbandspartnerschaften, funktionierende Austausch- und Vernetzungsangebote sowohl vor Ort als auch überregional zwischen Mitgliedern, Abgeordneten und Gliederungen, wie auch moderne, aktivierende Projektpakete von Landes- und Bundesebene, die niederschwellig vor Ort umgesetzt werden können. Darüber hinaus braucht es eine übersichtliche Bündelung von Ansprechstellen bei Unterstützungsbedarfen, für Hinweise und Kritik sowie zu Sicherheitskonzepten und Handreichungen bei Hass und Angriffen gegen Aktive.

Auf Bundesebene sollen die grünen **Strukturen weiterentwickelt** werden, um die kommunale Ebene schnell und zielgerichtet zu aktuellen wichtigen Themen und deren Auswirkungen auf Landes- und Kommunalebene zu informieren und Vorschläge zur politischen Aktivität zu diesen Themen vor Ort zu machen. Insbesondere die Zusammenarbeit der BGKomm mit den kommunalpolitischen Vereinigungen auf Landesebene soll weiter optimiert und mit der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle koordiniert werden.

Zur Stärkung der Repräsentanz und zur langfristigen strukturellen Verankerung ostdeutscher Belange auf Bundesebene soll ein **Gremium mit Vertreter*innen**

der ostdeutschen Landesverbände, führenden ostdeutschen Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und externen Expert*innen entwickelt werden. Dieses Gremium soll als Schnittstelle zwischen Bundespartei und lokalen Strukturen fungieren und Empfehlungen zur Stärkung ostdeutscher Politikansätze erarbeiten. Ein entsprechender Beschluss zur Besetzung soll im Bundesvorstand zeitnah gefasst werden.

In Vorbereitung der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, ist es sinnvoll, die Abstimmung auf Arbeitsebene möglichst frühzeitig zu koordinieren und vorzubereiten. In diesem Zusammenhang kann eine **Klärung über federführende Zuständigkeiten** für Ostbelange auf der politischen, der organisatorischen und der inhaltlichen Ebene **innerhalb der Bundesgeschäftsstelle** sehr hilfreich sein. Bei Unklarheit über die Zuständigkeiten innerhalb von Organisationseinheiten, soll diese Verantwortlichkeit für die Zukunft klarer definiert werden.